

Breslauer Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 719.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt kostet vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 13. Oktober. Der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reichs den Leonhard Ritter von Bologna zum Konsul des deutschen Reichs ernannt. Demselben sind als Amtssitz die seinen Amtssitz umgebenden Gebiete, bis einschließlich Modena, Parma, Ferrara und Ravenna, zugewiesen worden.

Dem Komite für den Bau der Schlesischen Mittelbahn ist zu Händen des Grafen Bücker zu Schedau die Erlaubnis zur Ausführung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn von Görlitz nach Breslau ertheilt worden.

Die Adressdebatte in der bairischen Kammer.

Berlin, 13. Oktober. Nachdem dieser Gegenstand beansprucht, geben wir nachstehend zur Ergänzung der bisherigen Telegramme die inzwischen eingetroffenen ausführlicheren Drahtmeldungen. Sie sind von München, 13. Oktober, datirt und lauten:

Bei der heute stattgehabten Adressdebatte verlas der Abgeordnete v. Stauffenberg am Schlusse einer von ihm gehaltenen Rede die nachstehende, von den liberalen Abgeordneten unterschriebene Erklärung: „Gegenüber dem Adressentwurfe, dessen Annahme ihnen angekommen wird, halten sich die unterzeichneten Mitglieder der Abgeordnetenkammer namens ihrer Wähler, wie für sich zur nachfolgenden Erklärung verpflichtet: Im Adressentwurfe werden die Aufbauungen der uns entgegenstehenden politisch-kirchlichen Partei, die allein darin zum Ausdruck gelangen, als die Überzeugung des gefallenen bairischen Volks, zu dem unsere Wähler und wie nicht minder wie unsere Gegner gehören, auszugehen — wir vermahn uns gegen diese Entstaltung des wahren Sachverhalts und legen auf das Entschiedenste Protest ein gegen den mit berechneter Neuwertung unternommenen Versuch, nur einen Theil der Bevölkerung als denjenigen zu bezeichnen, welcher allein die Treue und Unabhängigkeit bewahrt hat und dadurch die andere Hälfte des bairischen Volks zu verdächtigen — eine Verdächtigung, die, wenn sie an die Stufen des Thrones gebracht wird, doppelt verwerflich ist. Wenn uns schließlich zugemutet wird, Se. Maj. zu bitten, daß er Frieden mache mit seinem Volke, so erscheint uns ein solches Verabreden der geheiligten Person des Königs in den Streit der Parteien um so unerhörter, als wir vor keinem Unfrieden wissen, der das Band zwischen Fürst und Volk gelöst hat oder zu lösen droht. Wir hauen fest darauf, daß Se. Majestät, dessen weiter und gerechter Regierung, dessen hochherzigen Entschlüssen Vaterland und Deutschland so großen Segen verdanken, wie bisher, so auch ferner getragen von der Liebe und dem Vertrauen des Volks, Recht, Gesetz und Frieden aufrecht erhalten wird.“

Im weiteren Verlaufe der Adressdebatte wandte sich der Berichterstatter Abgeordneter Joerg gegen eine Neuferbung des Ministers v. Preisschner, welcher derselbe in einer Sitzung des Ausschusses aethan hatte und in welcher derselbe den Adressentwurf als ein Altersstift bezeichnet hatte, wie ein solches nach Ton und Inhalt noch nie vorgelesen sei. Der Abg. Joerg bemerkte dem gegenüber, daß aber auch eine solche Verantlassung zu einer solchen Adresse noch nie dagewesen sei. Das Staatsministerium sei vor der Kammer erschienen, trotzdem es durch die Wahlen eine Niederlage erlitten habe. Das sei auch noch nicht dagewesen. Die Adresse könne nur eine konstitutionelle Klage zu Füßen des Thrones gegen die Vergewaltigung des freien Wahlrechts des bairischen Volkes sein. Das Ministerium habe zu der Minorität der Kammer alle vertraulichen Beziehungen, siehe aber der Majorität der Kammer „kalt, ja gehässig“ gegenüber. Die jetzige Majorität von zwei Stimmen habe eine große moralische Tragweite, denn hinter ihr stünden über 830.000 Stimmen. Der Abg. Joerg schloß seine Rede mit der Behauptung, es sei davon die Rede, die konstitutionellen Frevel durch eine abermalige Eintheilung der Wahlkreise zu steuern. Die Adresse bitte den König, dem Lande den Frieden wiederzugeben.

Nach Joerg ergreift der Minister v. Lutz das Wort und erklärt: Das Ministerium geböre keiner Partei an, sehe aber der linken näher, weil die Verfassung mit ihren Bestimmungen über die Gewissensfreiheit und konfessionelle Toleranz, wodurch jetzt die katholische Partei opponire, ebenfalls liberal gehalten sei. Was die Eintheilung der Wahlkreise angehe, so sei die Regierung dazu genötigt gewesen, weil die kirchliche Mitregierung den landläufigen Begriff des Konstitutionalismus zu einer Stabilisierung der kirchlichen Herrschaft über den Staat durch Wahlurkunden und Wahlpredigten missbrauchen wollte. In einer Diözese wurde sogar ein vertraulicher Brief des Bischofs an den Klerus vertheilt, in welchem der Klerus aufgefordert wird, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politisch-socialen Lage zur Erziehung von Wahlen, welche der Kirche ersprüchlich seien, zu benutzen. Auf die von der rechten Seite des Hauses ergangene Aufforderung den Namen des betreffenden Bischofs zu nennen, bezeichnet der Minister den Bischof Senefelder als den Verfasser des gedachten Briefes. — Was den Bassas der Adresse über die bairischen Referentenrate angehe, so sei darin nur eine Denunziation zu erkennen.

Der Minister weist darauf aus den von Jörg herausgegebenen historisch-politischen Blättern nach, daß der Abg. Jörg seinerzeit von Bayern zu Gunsten eines großdeutsch österreichischen Kaiserthums ungleich größere Opfer verlangt habe, als die bairische Krone jetzt für das gegenwärtige Reich gebracht hätte. Was das Ministerium an bayerischen Referenten nach 1870 aufzugeben habe Jörg nicht gesagt, er, der Minister, könne das zu erfahren, um alsdann darauf antworten zu können. Der Minister schließt: „Die künftige Geschichte wird vielleicht die Geschicklichkeit des gegenwärtigen Ministeriums vermissen, den bairischen Patriotismus desselben gewiß nicht!“

v. Stauffenberg erklärt hierauf im Namen der liberalen Partei, daß der Justizminister Dr. Haefele nicht zu ihrer Fraktion gehöre, spricht in längerer Rede gegen die Adresse und schließt mit Verleugnung der bereits gemeldeten Erklärung der liberalen Partei. Nachdem so dann noch die Abgeordneten Molitor und Kopp für die Adresse gesprochen hatten, wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Die Gläubiger der Türkei in Frankreich und England möchten am liebsten ihre Regierung bewegen, der Pforte den Krieg zu erklären, um nur zu ihren vollen Bitten, die wirkliche Wuchergerissen sind, zu kommen. Indessen werden sich die Mächte hütten, deßhalb der Pforte Schwierigkeiten zu machen, ist doch die Repudiation das einzige Mittel, um den Bankrott von der Türkei fern zu halten, was doch zur Zeit fast alle Mächte wünschen. Die französische Regierung speist

ihre Dränger mit höflichen Redensarten ab, die eine offiziöse Note des „Moniteur“ bringt. Dieselbe lautet:

Die französische Regierung ist sicherlich eben so peinlich wie das Publikum von dem so radikalen System berührt worden, welches die Pforte auf ihr Budget in Anwendung brachte. Die Zeitungen haben daher Recht, wenn sie ankündigen, daß die Regierung bereit ist, ihr Möglichstes zu thun, um den Trägern der türkischen Auleite zu Hülfe zu kommen, und daß ihr außer Wille in dieser Hinsicht klar da liegt. Aber die Frage der Aktionsmittel wird sich sofort auf. Wenn einerseits die Pforte den in Rede stehenden Beschluß außerhalb aller Konventionen und aller Präcedenzfälle fägt, so ist es andererseits unbestreitbar, daß der französische Geldmarkt, indem er die türkische Rente gewöhnlich ungefähr 35 und seitens höher als 40 Fr. notirt, ihr kein außerordentliches Vertrauen bezeigte. Es ist außer Zweifel, daß die Täter der türkischen Rente, welche während 10 over 12 Jahren 12 bis 15 p.C. für ihr Kapital erhalten, die Zeit halten, ihr Kapital zu rekonstituieren und selbst einige Vorteile aus denselben zu ziehen. Endlich geben in einem gewissen Maße die Regelungen von Österreich und Italien das Beispiel ähnlicher, wenn auch nicht so ernster Reduktionen, indem sie die Tächer ihrer Renten mit Steuern und Taxen belegen, welche gegen die Verpflichtungen waren, die der Ausgabe ihrer Anleihen vorausgingen, was in der Praxis einer gezwungenen Konversion gleichsam, obgleich der Nachteil unendlich geringer war als der, welchen die neue türkische Konversion ihren Gläubigern verursacht. Diese Thatsachen und Verhältnisse müssen jedenfalls geltend gemacht werden, um das Auftreten der türkischen Regierung zu beurtheilen, und muss einen gewissen Einfluß auf die diplomatischen Schritte ausüben, welche dem französischen Kabinett von im Ganzen genommen sehr beträchtlichen Interessen anserathen werde. Unserer Ansicht nach gibt es aber einen Punkt, auf welchem die Beschwerden des Publikums ein solides Terrain haben, nämlich den der Hypotheken. Als die türkische Regierung ihre Anleihen ausgab, verfehlte sie nicht, zu sauen, daß der Dienst derselben durch diese oder jene Hülfssquellen der ständigen Einkünfte des Staates gefährdet sei, und es scheint, daß es ihr gelang, zu beweisen, daß diese Einkünfte hinreichend seien, um die Rechte und das Guthaben der Gläubiger zu sichern. Es sind diese Bürgschaften, welche in einer großen Anzahl von Fällen das Zulassen der offiziellen Nutzung der türkischen Wertpapiere bestimmten. Was wird nun aus diesen Verpflichtungen, was wird aus den Hypotheken nach den Beschlüssen des Großziers der letzten Woche werden? Dieses aufzuschlagen, hat die französische Regierung gewißlich das Recht und die Pflicht, und wir haben die Hoffnung, daß sie nicht verfehlt, dieses zu thun.“

Die wiener „Montags-Revue“ bringt folgende Erklärungen:

„So auffällig es sein dürfte, daß man sich zur Begleichung eines jeden Kupons in neuen fünfprozentigen Obligationen und nicht zur Reduktion entschloß, so einfach ist die Erklärung. Der Sultan hat einen sehr großen Theil seines Vermögens in türkischen Staatspapieren angelegt, und eben so wurden die verschiedenen mohamedanischen Kirchenverwaltungen gehalten, die mobile Quote desselben in türkischen Fonds anzulegen. Als die Katastrofe unvermeidlich wurde, erklärte der Sultan, der Makrīgel nur dann zustimmen zu wollen, wenn ihm die Ansicht erhalten bliebe, in einer gegebenen Zeit die verlorenen Einnahmen wieder erfüllt zu sehen. In gleichem Sinne wirkte der Scheik al Islam, und so kam es zu der bekannten Zwölferklaus. Nebrigens war die Repudiation schon vor einem Jahr in Sicht und nur ein Zufall verhinderte dieselbe. Als Saray Bascha im vorigen Jahr in Paris mit der Gruppe Hirsch eine türkische Anleihe abschloß, verkaufte die Kontrahenten in der Erwartung der großbärrlichen Genehmigung Posten derselben. Aber die Zustimmung wurde verfagt. Die Anleihe ward mit der Gruppe der öttomanischen Bank abgeschlossen und diese konnte sich zur Übernahme einer großen Summe verstehen, weil sie in der Gruppe Hirsch eine Kontremine hatte, die sich um jeden Preis decken mußte. So fand die Pforte hauptsächlich durch diesen seltenen Zufall und nur zum geringsten Theil in den späteren Geschäften der ottomäischen Bank die Möglichkeit, ihre Kupons noch ein Jahr ordnungsmäßig einzulösen. Die anglo-österreichische Bank löst bis zur Stunde die Kupons der Türkenseite voll ein.“

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. Oktober.

— Fürst Bismarck ist zwar, wie verlautet, seit vergangenen Freitag etwas unwohl, allein er wird im Stande sein, nicht bloss in dieser Woche, spätestens am Donnerstag Nachmittag, hierher zu kommen, sondern Tags darauf nach Baden-Baden weiter zu reisen, um den Kaiser nach Italien zu begleiten. Der Fürst hatte sich eine Erklärung zugezogen, was bei dem unfreundlichen Wetter der letzten Tage erklärlich genug ist, vollends bei den rauen Winden, von denen Barzin im Oktober heimgesucht wird. Es kann unter solchen Umständen dem Reichskanzler nichts vortheilhaft sein, als das hinterpommersche Klima mit dem norditalienischen zu verlaufen. Wie die „B.Z.“ hört, reist der Fürst von hier zusammen mit dem Feldmarschall Grafen v. Moltke nach Baden-Baden, und ihnen schließen sich mehrere höhere Offiziere, wie Beamte des auswärtigen Amtes und des Handelsministeriums an.

— Im Gymnasium zum grauen Kloster fand am 12. d. Vormittag 11 Uhr die feierliche Einführung des Stadtschulrats Dr. Hofmann als Direktor des Instituts statt. Die Lehrer und Zöglinge der oberen Klassen waren im Hörsaal versammelt. Unter den Anwesenden bemerkte man: Ministerial-Direktor Greif vom Kultusministerium, den Vorsitzenden des Provinzial-Schulkollegiums Geh. Rath Reichenau, Schulrat Klix, Stadtschulrat Dr. Bertram, die Stadträte Dr. Techow, Schreiner und Stort, von der Stadtverordneten-Versammlung der Vorsteher Dr. Straßmann, sowie Dr. Küsten, Dr. Dietsch, Berlin und Bernhardt, die Direktoren Dr. Bonell, Lubin, Kleiber, Kempf, Ribbeck, die Prediger Dr. Thomas und Eisenhardt. Nach dem Vortrage eines Chorals durch die erste Gesangs-Klasse führte Schulrat Klix den Dr. Hofmann, den 34. Direktor der Anstalt, in längerer Rede ein und verpflichtete ihn in feierlicher Weise auf sein Amt. Nach Absingung eines Liedes erhob sich Dr. Hofmann. Wenn er tüchtiges geleistet, so habe er nur seine Pflicht gethan. Zwei und dreißig Jahre habe er der Stadt und dem Staat gedient. Man-

ches sei ihm gelungen und dem Schulwesen zum Nutzen geworden. Allerdings sei jetzt, wo immer neue Zweige des Wissens sich in den Kreis der Schule drängen, die Leitung einer höheren Lehranstalt keine leichte. Die Schule solle zur wahren Religion erziehen, leider aber erhebe jetzt der Fanatismus sein Haupt. Obwohl er in einem Alter stehe, in welchem die Kräfte nicht mehr zunehmen, und obwohl er der Lehrthätigkeit zwölf Jahre fern gestanden, hoffe er das Beste davon, daß die Schule von den sie jetzt drückenden Fesseln befreit werden solle. In herzlichster Weise begrüßte sodann Dr. Sollmann Namens des Lehrer Kollegiums den neuen Direktor.

— Zur Erklärung der Mitteilung unseres Herrn Korrespondenten (vgl. Nr. 718 d. B.Z.) bezüglich des ehemaligen Branddirektors Scabell sei Folgendes bemerkt:

Der Magistrat hat in der Penitentiations-Angelegenheit des Branddirektors Scabell den Rechtsstandpunkt festgehalten und sich bekanntlich definitiv geweiht, eine Pensionsverpflichtung der Stadt für einen Beamten, wie er nicht von ihr angestellt anzuerkennen, nachdem von der Stadtverordneten-Versammlung ein Pensionsreglement für die Beamten der Feuerwehr abgelehnt worden ist, so lange die Feuerwehr nicht der städtischen Verwaltung überlassen wird. Trotz dieser Ablehnung aber bewilligte aus Billigkeitsrücksichten die städtischen Behörden doch den Mannschaften der Feuerwehr, wenn dieselben dienstfähig werden, regelmäßig jährliche Unterstützungen ohne indes eine Verpflichtung zu derartigen Gewährungen anzuerkennen. Der Magistrat wird in Konsequenz dieses Vorgebens jetzt bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen, daß auch dem aus seinem Amt geschiedenen Branddirektor Scabell die Summe von 3000 Mark jährlich widerruflich bewilligt werde. Die Begründung der Widerruflichkeit erscheint deshalb geboten, weil noch nicht festgestellt ist, ob nicht gegen die Stadt ein Prozeß wegen Pensionsverpflichtung erhoben werden wird.

Zugleich wird gemeldet, daß die Lage der Sache den Freunden des Herrn Scabell Veranlassung gegeben hat, zur Sammlung eines Ehrenegeschicks die nötigen Schritte zu thun. Das Polizeipräsidium wird außerdem, wie man hört, gegen den Magistrat flagbar werden und die Forderung, daß die beantragte Pension zwangsläufig auf den Etat der Stadt Berlin gesetzt werde, zur Durchführung zu bringen suchen.

— Zur Feier der Enthüllung des Stein-Denkmales am 26. Oktober auf dem Dönhofplatz hier ist folgendes Programm aufgestellt:

1) Die zur Feier eingeladenen versammeln sich um 11½ Uhr im Abgeordnetenhaus, Leipzigerstraße 75, und werden dasselb von dem Komitee zur Errichtung des Denkmals empfangen. 2) Um 11½ Uhr begeben sich die Versammelten unter Voritrit des Komitee's nach dem Platz auf die vor und neben dem verhüllten Denkmale errichteten Podien. Die Mitglieder des Komitee's, der Polizeipräsidient von Berlin, der Vorsteher der königlichen Ministerialbankkommission mit dem betreffenden Bauminister und den bei der Ausführung häufig gewesenen Künstlern und Handwerkmeistern nehmen ihren Platz zur rechten Seite, der Präsident des Reichstages, der Geh. Regierungsrath Dr. Perz, der Oberhofprediger Dr. Kögel, die Gräfin v. Kielmannsäge und Familie zur linken Seite des Denkmals. 3) Bei der Ankunft Sr. Maj. steht des Kaisers und Königs geben allerhöchsteselben die Mitglieder des Komitee's zum Empfang entgegen und treten dann auf ihren Platz zurück. 4) Nachdem Sr. Majestät in das vor dem Denkmale errichtete Zelt allerhöchst sich begeben haben, woselbst ihre L. und L. Höchsten die Prinzen nebst den übrigen fürstlichen Personen sich versammelt haben, stimmt auf allerhöchsten Befehl zur Öffnung der Feier der Domchor einen Choral an. 5) Nach Beendigung des selben wollen Sr. Majestät die von dem Vorsteher der Ministerialbankkommission vorzulegende, in den Grundstein einzufügende Kapsel mit dem durch den Geh. Regierungsrath Dr. Perz zu überreitenden Gegenständen ausfüllen und nach dem Verschluß durch drei Hammerschläge weiben, worauf 6) der Grundstein mit einem Weihespruch des Hof- und Dompredigers Dr. Kögel eingefügt wird. 7) Auf den von dem Vorsteher des Komitee's General-Feldmarschall Grafen von Moltke, erb tenen allerhöchsten Befehl hierzu fällt unter Ausbringung eines Hochs auf Sr. Maj. den Kaiser und König durch den Vorsteher des Komitee's die Hölle des Denkmals unter Begleitung der Nationalhymne. 8) Festrede des Komitee-Mitgliedes Abg. Dr. Gueist. 9) Nach dem Schluss überreicht der Vorsteher des Komitee's das Denkmal dem Herrn Oberbürgermeister Hobrecht für die Stadt Berlin, welcher dasselbe mit einem Hoch auf das Denkmal Steins übernimmt. 10) Beendigung der Feier durch ein Hoch auf Deutschland, ausgetragen von dem Präsidenten des Reichstages.

— Die Erwartung, daß so lange schon schwedende Apothekenfrage jetzt durch die Reichsgesetzgebung geregelt werden sollte, wird sich vorläufig wohl noch nicht erfüllen. Man wird sich erinnern, daß im August 1874 über diese Materie ein Enquête-Berfahren hier eingeleitet worden war. Dasselbe blieb indessen vorläufig restlos. Es verlautet nun, daß sich das Reichskanzleramt mit den Einzelstaaten in Verbindung gesetzt habe und deren Anträge entgegengesetzt. Andererseits hört man, daß im preußischen Kultusministerium eingehende Erörterungen über die Frage erfolgt seien und daß von dort aus nun mehr, wenn auch nicht in allernächster Zeit, ein Antrag an das Reich gerichtet werden würde, und zwar mit der Maßgabe, daß das Konzessionswesen für den Apothekerbetrieb beibehalten, jedoch die Verlässlichkeit der Konzession in Fortfall gebracht würde. Man erwartet die Förderung des gesammelten Apothekerwesens von dessen Verknüpfung mit der Reichs-Medizinalstatistik. Der Aufschlußbericht über diese Angelegenheit weist darauf hin, daß die Fachkommission empfohlen habe, eine genaue statistische Erhebung der Zahl, Qualität und Verbreitung der pharmazeutischen Anstalten und des pharmazeutischen Personals unter gleichzeitiger Verstärkung der Besitzverhältnisse und des Betriebsumfangs der Apotheken und Dispensarien. Die Erhebungen sollen sich erstrecken auf:

1) Apotheken, wobei anzugeben wäre: a. die Gesamtzahl der Apotheken ir. c. der Filialen, b. das Besitzverhältnis, und zwar unterschieden nach Privatbesitz, Realberechtigte resp. privilegierte Kommissionäre und übrige Apotheken, wozu die in Elsass-Lothringen gehörten (immer exklusive Filialen), c. das Betriebs-Verhältnis der Apotheken aller Art ohne

Hilfspersonal und mit ein bis fünf und mehr pharmaceutischen Hilfspersonen. 2) Dispensir-Anstalten nach Gesamtzahl. Besitzverhältnis etc. 3) Das pharmaceutische Personal, Bestiger, Pächter, Verwalter, approbierte und nicht approbierte Gehilfen, Lehrlinge.

Der Bericht bemerkt ausdrücklich: „Da die Regelung des Apothekerwesens vom gewerblichen Standpunkt aus in das Gebiet der Reichsgesetzgebung gehört und durch die von der Kommission vorgeschlagenen statistischen Erhebungen gefördert werden kann, so erachtet der Ausschuss die Annahme der letzteren für angemessen.“ Der Errichtung eines Reichs-Gesundheitsamtes geschieht in dem gedachten Ausschussericht keine Erwähnung. Derselbe hatte sich indessen auch nur mit den Arbeiten zu beschäftigen, welche sich auf die Reichs-Medizinalstatistik beziehen.

— Wir haben bereits mitgetheilt, daß der neuen Wehrordnung auch die Landwehr-Bezirksteilung beigegeben ist. Dieselbe erscheint hier zum erstenmale in vollständiger und authentischer Form. Es fehlen darin die preuß. Garde-Landwehr-Regimenter, sowie das badische Garde-Landwehr-Regiment Nr. 109, da sie nur im Kriege formirt werden und keine besonderen Landwehrbataillone haben. Dagegen sind die Landwehr-Truppentheile des 15. Armee-corps zum erstenmale mit ihren neuen Bezeichnungen und Nummern ausgeführt und zwar: Vothenkischsches Landwehr-Regiment Nr. 128 (1. Bataillon Dierdorf, 2. Saarburg); lothringisches Reserve-Landwehr-Bataillon (Mey) Nr. 97; Elsaß-Vothenkisches Landwehr-Regiment Nr. 129 (1. Bat. Saarburg, 2. Hagenau); Unterelsässisches Landw. Regt. Nr. 130 (1. Bat. Moisheim, 2. Schlettstadt); Unterelsässisches Reserve-Landwehr-Bataillon (Strassburg) Nr. 98; Oberelsässisches Landwehr-Regiment Nr. 131 (1. Bataillon Kolmar, 2. Bataillon Altkirch); Oberelsässisches Reserve-Landwehr-Bataillon (Mülhausen) Nr. 99. — Es erhebt daraus, daß solche einmal zur Formation eigener Truppentheile aus dem Ersatz des Reichslandes geschritten werden wird, um die Zahl der durch die Abkommandirungen erheblich geschwächten und in ihrer Normaßstärke wesentlich verringerten anderen Armee-corps wieder vollständig zu machen, jene Regimenter bestimmt sein werden, die heute zwischen den übrigen französischen und sächsischen Regimenter noch befindliche Lücke (Nr. 97, 98, 99) auszufüllen, sich im Übrigen aber an das 13. Armee-corps (Württemberg) anzuschließen, bei welchem das Linien-Regiment Nr. 127 insofern zur Zeit auch noch nicht formirt ist.

Die königliche Akademie der Künste ist auf Grund des durch Allerhöchste Ordre vom 6. April d. J. bestätigten Statuts und da der Landtag die Mittel bewilligt hat, se ist dem ersten Oktober neu organisiert worden. Es hat in Folge dessen der Ministerial-Direktor, Buss. Geh. Ober-Regierungsrath Greiff, am 2. Oktober den Geh. Regierungsrath Hütig als Präsidenten des Senats und den königlichen Akademie der Künste in das neue Amt eingeführt. Den bisherigen Vorsitzenden des Senats, Professor Daeg, wurde durch den Ministerial-Direktor Greiff der in Anerkennung seiner langjährigen Dienste ihm verliehene Kronenorden zweiter Klasse überreicht.

Der Küster der St. Mariengemeinde hatte vor kurzer Zeit die Beerdigung eines Kindes armer Leute verweigert, weil dasselbe die Laufe nicht empfangen hatte, sondern nur beim Standeskant registriert worden war. Der Gemeinde-Kirchenrat von St. Marien, welcher Montag Abend versammelt war, hat das Verfahren des Küsters auf das Entschiedenste gemäßigt und denselben angewiesen, in allen ähnlichen Fällen sein selbstständiges Handeln zu unterlassen und sich sofort an den Prediger oder Vorsitzenden des Gemeinde-Kirchenrates zu wenden, der ihm seine Instruktionen erteilen wird. Außerdem aber hat der Küster seine alten, längst nicht mehr zeitgemäßen Instruktionen, auf die er sich zu seiner Entschuldigung berufen hatte, dem Gemeinde-Kirchenrat vorzulegen, welcher dieselben zeitgemäß abändern wird.

Aus der Provinz Preußen, 10. Oktober. Der „A. G. B.“ schreibt man aus Memel: Aufsehen macht hier die Verurteilung des sehr gut situierten Kaufmanns L. von hier, welcher aus Konkurrenzgründen einen anonymen Brief an den Handelskonsulenten T. in Königsberg gerichtet und diesen vor einer hiesigen Firma, weil sie angeblich ohne die geringste Grundlage sei, gewarnt hatte. Durch Berichtigung des Handelskonsulenten entdeckte man den Absender, welcher die That einkampte und wegen Verleumdung mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wurde. — Die wegen des bekannten Artikels: „Das Kloster Lont“ gegen den Dr. Kollmann und den verantwortlichen Radvatoren des „Gefangen“ erhobene Anklage ist vom graublauen Gerichte zurückgewiesen worden. Die Frage, ob der Anklage Folge zu geben, liegt jetzt dem Appellationsgerichte in Marienwerder zur Entscheidung vor.

Bonn, 9. Okt. Die „A. G. B.“ schreibt: „Mit welcher Eichenwürdigkeit die königliche Regierung dem Erzbischof von Köln entgegenkommt, zeigt die Aufstellung der Liste für den Wahlkreis des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertreter in einer hiesigen Pfarrkirche. Von Seiten der Regierung war die Initiative ergriffen; zwei von den vorgeschlagenen Männern wurden vom Erzbischof ohne Gründe nicht genehmigt und zwei andere genannt. Ohne Weiteres erklärte sich der Herr Regierungs-Präsident einverstanden. Die Ultramontanen ziehen hier am Oste daraus die Lehre, man brauche nur fest aufzutreten, die Regierung gebe dann schon klein bei.“

Bern, 9. Oktober. Nöherem Vernehmen nach gibt der Bericht des eidgenössischen Kommissars Herrn Ständeraths Hold an den Bundesrat über den grossen Arbeitserfolg als eigentlichem inneren Grund desselben den Konkurrenzneid der dortigen Krämer und Spekulanten an, welche gegenüber den Fabrikschen Depots nicht hätten aufkommen können; der Nachweis anderer Gründe sei schwer zu leisten. Auch sei der Vorgang einer Arbeitseinstellung im Sinne der „Internationalen“ nicht gewesen. Diese verfolgten bei derartigen Bewegungen stets von vorn herein einen bestimmten Zweck; hier aber seien die verschiedenen Ziehen, wie Lohnverhöhung, längere Arbeitszeit, bessere Luftventilation, erst erhoben worden, als die Arbeitseinstellung im Gange. Die Lohnverhältnisse seien keine ungünstigen: der Tagelöhner erhält täglich Fr. 3½, der Maurer Frs. 4–5 und die Arbeiter an den Maschinen im Hintergrund des Tunnels Frs. 8–10. Was die Luftventilation betrifft, so lasse diese allerdings Manches zu wünschen übrig; indessen sei dieselbe so gut als unter Umständen möglich. Schrecklich dagegen seien die Wohnungsverhältnisse. In Kammern, die kaum für 4–5 Personen Raum bieten, seien oft 20–30 zusammengepfercht; vom Leben der Buben sei keine Rede: eine Schicht Arbeiter folge, um der Ruhe zu pflegen, der anderen. Dabei ein pestilenzartiger Geruch ihrer Kleidungsstücke, herrührend von den Dynamitsprengungen. Hier müsse unter allen Umständen Abhilfe getroffen werden, wenn man Krankheiten und Seuchen vermeiden wolle. Auch gegen die Maßregeln zur Unterdrückung des Kravalls löse man der bernier Regierung kaum einen Vorwurf machen. Es ist als die aufgebotene Mannschaft durch Steinwürfe verwundet worden sei, habe man auf die Arbeiter geschossen; vorher seien die Gewehre nur in die Luft abgefeuert worden. Die Getroffenen seien übrigens auch gerade die Hauptträgervörder gewesen. — In den grossen katholischen Gemeinden Berner und Compiegno ist es anscheinlich der Ausführung des neuen Kultusgesetzes wieder einmal zu Konflikten zwischen den Behörden und der Bevölkerung gekommen. Der Sekretär des Departements des Innern, welcher in Begleitung zweier Polizeibeamten in den dortigen Kirchen das Inventarium aufnehmen sollte, fand dieselben verschlossen und verbarricht, und wurde von fanatischen Katholiken mit Peisen und Bischen, in Compiegno sogar mit einem Steinbuckel empfangen, so daß er sich,

da er keine bewaffnete Wache bei sich hatte und einer seiner Begleiter schwer am Kopfe verletzt worden war, gewungen sah, den Rückweg nach Genf anzutreten, von wo er jedoch schon am andern Tage, diesmal aber mit einer Eskorte von 42 Gendarmen, zurückkehrte und dann die Inventar-Aufnahme auch ohne weiteres Hindernis — abgeschlossen von dem abermaligen Peisen und Bischen des süßen Böbels — vornehmen konnte. Die Maires der genannten Orte werden für diese neuen Exzeze wohl zunächst verantwortlich gemacht werden, da sie es waren, welche von vornherein die Herausgabe der Kirchenschlüssel verweigert hatten.

Paris, 9. Oktober. Die Angriffe gegen den reaktionär clerikalen Bizepräsidenten und Minister des Innern, Buffet, mehren sich fast in der gesamten pariser Presse in für die derzeitigen Inhaber dieses einflussreichen Postenbildes gefährdendem Maße. Es ist als beständig ein stillschweigendes Einverständnis aller bedeutenderen Organe, diese „Säule des Batikans“ zu stürzen. Sehr richtig bemerkt die „République Française“ über Buffet's Thun und Treiben, seine Politik sei schon darum nichts werth, weil sie keine Politik sei, weil ihr durchaus kein leitender Gedanke zu Grunde liege. Sine ganze Ministerlauffahrt sei ein Mischmasch unzusammenhängender Maßnahmen und grosser Widersprüche. Aber wie war es möglich, daß Buffet eine solche Rolle spielen könnte? Nur auf die Weise, weil diejenigen Franzosen keine Personenkenntniß haben und sich deshalb von politischen Gründen verlocken lassen, auch wenn sie solche Nullitäten sind wie Buffet, der vor Andern den Vorzug hat, daß er Fanatiker der moralischen Ordnung ist, weil diese seinem kirchlichen Eifer dient. Schade, daß Louis Beuillet nicht Lust hatte, in der Nationalversammlung eine Rolle zu spielen; im natürlichen Verlaufe der Dinge könnte er jetzt Kultusminister, wenn nicht gar Bizepräsident des Kabinetts sein. Allerdings steht Buffet in Bezug auf Rücksichtslosigkeit und Taktlosigkeit fast auf gleicher Höhe mit Louis Beuillet, denn beide hassen blindlings und erachten die Liberalen als verdammte Reizer, gegen welche jede Schonung eine Sünde wider den Unschlüssigen im Batikan und ein Vergehen gegen den Syllabus ist. „In Frankreich“, bemerkt Louis Blaiz in seiner jüngsten Rede, „in Frankreich geschieht es, daß der Clerus zu dem Mittel greift, den Glauben durch Wunder wieder aufzukritisieren, und durch welche Wunder! Vertheidigen wir uns mit den Waffen der Vernunft und mit der Ruhe, die derselben geziert, aber entschlossen; ernennen wir als unsere Vertreter in den Räthen der Nation Männer, die fähig sind, siegreich die Anstrengungen zu vereiteln, die zur Verbannung Frankreichs gemacht werden. Als ob Frankreich verdummt werden könnte! Vom Berichte sprechend, der uns gegeben wurde, unser Weg zu beleuchten, schrieb Diderot: „Ich finde mich in einem dunklen Walde. Mich zuerst zu finden befiehlt eine kleine Leuchte. Ein Theologe geht auf mich zu und sagt mir: Mein Freund, lösche dein Licht aus, du wirst heller sehen.“ Hören wir nicht auf diesen Theologen und löschen wir unser Licht nicht aus. Lassen wir denjenigen das Dunkel, die ein Verbrechen haben, jenen, die durchaus glauben wollen, glauben zu machen, die Nacht führt zum Tage.“ Es ist sehr zu beachten, daß der Ultramontanismus dem politischen Radikalismus vorzügliche Waffen liefert, um sich in den Wahlen des Landes zu empfehlen.

IV. Jahresversammlung des Vereins für Sozial-Politik.

IV.

(Fr.) Eisenach, 12. Oktober.

Gegen 9 Uhr Vormittags wurde heute die Sitzung wieder eröffnet. Mr. Prof. Dr. Nasse (Bonn) vertheidigte in einem längeren Referat folgende Thesen: 1) Nach Durchführung des Reichsbankgesetzes ist es zur Wahrung des Wertes der deutschen Reichswährung, sowie zur Sicherung einer richtigen Diskontopolitik, seitens der Zentralbank dringend nötwendig, daß unter Aufhebung von Art 15, 1 des Reichsmünzgegesetzes die Annahmepflicht der Ein- und Zweithalerstücke deutscher und österreichischer Gepräges auf Währung, die 100 Pf. nicht erreichen, verschärft und zugleich Raffen errichtet werden, an denen grössere Beträge dieser Münzen gegen Reichsgoldmünzen umgetauscht werden können. 2) Soweit die zur Einlösung kommenden Ein- und Zweithalerstücke sich nicht sofort verkaufen lassen, sind dieselben a) in den Reichskassen aufzubewahren, um allmählich in Reichsbilbermünzen ausgeprägt oder veräußert zu werden. b) der Reichsbank unter Garantie des Reiches für einen gewissen Geldwert bis zu einem, die Hälfte ihres Baarvorraths nicht übersteigenden Betrage zu überweisen, bei der sie als gesetzliche Baardeckung der Noten vorläufig gelten können. Die Verwerbung dieses Silbers hat dann allmählich in den nächsten Jahren auf Rechnung des Reiches zu erfolgen.“ Werner teilte den Referent mit: Bis zum 18. September 1875 seien in deutscher Reichswährung ausräumt worden: Goldmünzen 1181050460 Mark, Silbermünzen 129609989 M., Nickelmünzen 14459480 M., Kupfermünzen 595257 Mark. An älteren deutschen Münzen seien für Rechnung des Reiches eingezogen worden: Goldmünzen bis Ende April 1875: 98652021 Mark, Silbermünzen bis Ende August 1875: 853806 Mark. Die bis Ende August eingesaoenen Silbermünzen bestanden aus folgenden Sorten: Thalerwährung 137450771 M. 18 Pf., Süddeutsche Guldenwährung 123421039 M. 10 Pf., Kronenthaler 7973748 M. 92 Pf., Konvention des Zwanzigguardenfußes 1909310 M. 88 Pf., kursfürstliches und königl. sächsisches Gepräge 4456 M. 62 Pf., hannoversches Gepräge 1613 M. 45 Pf., mecklenburgische Währung 155796 M. 30 Pf., hamburgische Courantwährung 840025 M. 50 Pf., lübeckische Courantwährung 466128 M. 20 Pf. In Österreich seien als Vereins-Silbermünzen bis Ende 1874 geprägt worden: 3160321 Thlr. in Einthaleraltern und 55528 Thlr. in Doppelthaleraltern. Am Anfang waren in Deutschland Ende August 1875 in Umlauf, zu 50 M. und darüber: 96101806 M. zwischen 50 und 100 M. zu 100 M. und darüber: 958341871 M., zusammen: 1128371277 M. Der durchschnittlich ungedeckte Notenumlauf in Deutschland, ohne die bayerische Bank, habe nach den Motiven des Reichsbanknotenwurfs und den Monatsausweise berechnet, 1874 betragen 123000000 Thlr. Ende Juli 1875 sei der effektive Baarvorrat der deutschen Banken 744393000 M., der ungedeckte Notenumlauf 409111000 M. gewesen. Der durch das Reichsbankgesetz privilegierte steuerfreie Notenumlauf der deutschen Banken betrage 385 Millionen Thlr.

Herr Bankier Samter (Königsberg i. Pr.): Er halte die Proposenda des Herrn Professor Dr. Nasse für sehr bedenklich. Es sei für die aus dem Umlauf kommenden solleenden Thaler durchaus noch kein genügender Erfolg vorhanden. Auch seien noch viel zu wenig Reichsgoldmünzen in Zirkulation. Dieses schnelle Handeln würde den allgemeinen Geschäftsbetrieb ganz unendlich föhren und einen immensen Andrang an den vorgeschlagenen Umlaufs-Rässen veranlassen. Er (Redner) erücke die Versammlung, die Proposenda des Referenten nicht anzunehmen, sondern die Regelung dieser Angelegenheit der Regierung zu überlassen.

Mr. Sonnenmann (Frankfurt a. M.): Er befürchte sich im Wesentlichen im Einverständnis mit Herrn Prof. Dr. Nasse. Gerade jetzt seien die Reichsmünzen in England und Frankreich mit Gold gefüllt. Diesen günstigen Moment müsse man zum Übergang der Münzreform benützen. In minder guten Zeiten würde dieser Übergang viel grössere Schwierigkeiten bereiten. Es seien gar nicht so viel Thaler

im Umlauf, als daß eine Stockung der Zirkulation durch Ausführung der vom Referenten gemachten Vorschläge eintreten könnte. Man müsse die Thaler in deutsche Reichsdeutschmünze umschmelzen. Wohl wolle er sich nicht verbüben, daß die Umschmelzung sehr langsam zu vollziehen sein werde. Silber sei kein Spekulationsgeld, das man halten wolle und sei es doch gewiß am besten, daß das Silber, als das Gold in den Banken ruhe. Allerdings müsse gleichzeitig seitens der Reichsregierung eine Kredit-Operation geschaffen werden. Die baldige Ausführung dieses Vorschlags würde sowohl auf die allgemeine Geld-Zirkulation, als auch auf den Wechsel-Kurs x. äußerst günstig wirken.

Professor Dr. v. Bülow (Lemberg): Er schlägt vor, auch die silbernen 5 Markstücke aus dem Berleb zu ziehen und wolle man ferner darauf hinzuwirken, daß die neue Scheidemünze nicht höher als zu 3 Mark geprägt werde. — Professor Dr. Held (Bonn): Er sei der festen Meinung, daß die Ausführung der gemachten Vorschläge in größter Ruhe sich vollziehen lassen werde, da gegenwärtig geradezu eine Überfüllung von Zirkulationsmittel vorhanden sei. — Herr Roth (Fabrikant aus Chemnitz) plädierte für das endliche System. Eingangs mitgetheile Theilen des Herrn Prof. Dr. Nasse gelangten schließlich mit großer Majorität zur Annahme.

Anscheinend bemerkte der Vorsitzende Herr Prof. Dr. Nasse (Bonn): Wir sind am Ende unserer Verhandlungen angelangt. Mögen unsere Bestrebungen zum Besten des Vereins und des ganzen Volks sehr bald ihr Ziel erreichen. (Lebhafte Bravo). Mit diesem innigen Wunsche schließe ich nunmehr (12 Uhr Mittags) die vierte Jahresversammlung des deutschen Vereins für Sozial-Politik. (Lebhafte Beifall)

In den ständigen Vereinsausschuss wurden gewählt: die Herren Prof. Dr. Bentlage (Breslau), Abg. Franz Duder (Berlin), Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Hildebrand (Jena), Fabrikant Kalle (Bielefeld), Abg. Krapp, Prof. Dr. Kries, Bürgermeister Ludwig Wolff (Großenhain), Prof. Dr. Nasse (Bonn), Prof. Dr. Neumann (Freiburg i. Breisgau), Staatsminister a. D. Fr. v. Roggenbach (Karlsruhe), Bankier Samter (Königsberg i. Pr.), Handelskammer-Sekretär Julius Schulte (Mainz), Buchhändler Baumeister (Eisenach), Geh. Ober Reg. Rath, Chef des königl. preußischen statistischen Bureaus, Prof. Dr. Engel (Berlin), Buchhändler Seibel (Leipzig), Prof. Dr. Held (Bonn), Dr. Max Hirsch (Berlin), Schneider Janzen (Berlin), Prof. Dr. Roscher (Leipzig), Prof. Dr. Schmoller (Strassburg i. E.), Prof. Dr. Sombart (Erlangen), Prof. Dr. Wolf Wagner (Berlin), und Diedemann (Berlin).

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. Oktober.

r. Polnische Volksversammlungen Der Landtagsabgeordnete v. Moszczenski, Vertreter der Kreise Gnesen, Mogilno und Wągrowiec, wird am 31. d. M. über die Thätigkeit der polnischen Landtagsfraktion in einer Wählerversammlung Bericht erstatzen; ebenso wird der Dr. Chodkowski, Reichstagsabgeordneter derselben Kreise, Ende d. M. in Gnesen über die Thätigkeit der polnischen Reichstagsfraktion berichten.

— Im Lambert'schen Saale werden am Freitag d. 15. und Sonnabend d. 16. d. die Salon-Zither-Spieler F. Lohr und J. Lenz Konzerte veranstalten. Beide Zithervirtuosen gibt ein bewährtes Repertoire und haben besonders die Konzerte in Breslau laut Beifallsberichten sich lebhaftesten Beifalles zu erfreuen gehabt. Freunde dieser seltenen Kunstleistung dürften demnach der Besuch dieser sicher genügenden Vorträge zu empfehlen sein.

d. — Koschmin, 13. Oktober. [Polnische Volksversammlung.] Gestern fand im Koralewski'schen Lokale hier selbst eine polnische Volksversammlung statt, in welcher die Reichstagsabgeordneten für die Kreise Krotoschin-Bieschen vor ihrem Wählern Bericht über ihre Thätigkeit erstatteten. Dr. v. Kruzanowski eröffnete die Versammlung, welche vornehmlich von Bauern aber nur schwach besucht war, mit einer Ansprache, in der er die Nothwendigkeit der Volksversammlungen dadurch zu erklären suchte, daß die meisten von ihnen keine Zeitungen läsen und daher von dem öffentlichen und politischen Leben keine Kenntnis hätten (!), ihnen dielei durch ihre Abgeordneten in den Volksversammlungen gegeben werden müsse. Sich dann über den angeblichen Nothstand des polnischen Volkes und seiner Religion in der albelichten Weise verbreitend, ermahnte er, nicht mit Gewalt, sondern nur im Wege des Gesetzes und des Rechts ihre Fortsetzung zur Geltung zu bringen und zu diesem Zwecke wieder und immer wieder mit Petitionen an die Volksvertretungen in Berlin sich zu wenden. — Hierzu trug der Abgeordnete Prof. Regel in Krotoschin den Reichsstaatsbericht über die Thätigkeit im Reichstage vor. Er mache unter Anderem den Zuböhern klar, daß die polnische Fraktion im Mittäretat war aufgetreten, indem der Mehrheit unterlegen sei. Unter andern Rechnen will ich nur noch den Wirth und Schulzen Soltys aus Goleniow und den Bifar Kotecki — der Sohn eines Bauern aus Orla bei Koszmin — in Orla nennen. — Soltys verglich die Polen mit dem Volke Israel in der ägyptischen Gefangenschaft. Auch wurden unterdrückt und gefeuert, aber Moses errettete sie und so wurde auch der Moses den Polen kommen (die armen Bauern!), nur das Vertrauen zu Gott und den Papst nicht verloren! — Kotecki stellte sich gedrungen, die Leute über Simultanakulen zu belehren. Er erklärte, daß die Regierung vielfach darnach strebe, Simultanakulen einzurichten, d. h. solche Schulen, in welchen die deutschen und polnischen Kinder gemeinschaftlich unterrichtet werden sollten. Daß dann natürlich die polnische Sprache zurückgestellt werde, liege auf der Hand; dann aber, man höre!, sei eine solche Schule ohne Religion! — Wenn also irgend wo ein Versuch gemacht werden sollte, Simultanakulen einzurichten, so sollte man solche vornehmen! — Schließlich sei noch bemerkt, daß die Versammlung von 11 Uhr bis 1/23 Uhr Nachmittags dauerte, aber selbst diese lange Zeit den Herren Bauern zu lang währete, denn sie sprachen inzwischen fast dem Glase zu und verschwanden nach und nach so, daß man sie wieder hereinholte und schließlich die Thüre zum Lokal verschloß!

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wien, 13. Oktober. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.*)	Zahlung	Abnahme
Notenumlauf	311,303,460	2,922,160
Metallshlag	137,078,778	132,000
In Metall zahlsbare Wechsel	11,378,476	246,215
Staatsnoten, welche der Bank gehören	732,353	422,924
Wechsel	137,635,655	3,133,108

